

Agenda-Krieger for president

CDU und CSU geben ihren Widerstand gegen die Kandidatur Frank-Walter Steinmeiers zum Bundespräsidenten auf. Der Mann ist bei Krieg, Armutspolitik und sogar Folter verlässlich

Arnold Schölzel

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hat sich mit seinem Vorschlag, seinen Parteifreund Frank-Walter Steinmeier als Koalitionskandidaten für die Bundespräsidentenwahl am 12. Februar 2017 zu nominieren, durchgesetzt. Am Montag stimmten CDU und CSU nach mehrwöchigem Sträuben der Nominierung zu. Bereits am Sonnabend soll es bei einem Geheimtreffen zwischen Gabriel und CSU-Chef Horst Seehofer in München zu einer Einigung gekommen sein. Die jetzige Entscheidung dürfte als politische Reaktion auf den Wahlsieg Donald Trumps in den USA bewertet werden. Steinmeier hatte Trump kurz vor der Wahl als »Hassprediger« bezeichnet.

Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel und Seehofer sprachen am Montag von einer »Entscheidung der Vernunft«. In einer Stellungnahme bezeichnete die Bundeskanzlerin Steinmeier als »Mann der Mitte« und erklärte, dass »gerade in unsicheren Zeiten« die Personalie ein Zeichen »für Stabilität« sei. Vermutlich zählt sie zu den Unsicherheiten auch die Wahl Trumps. Die Botschaft hinter dieser Kandidatenkür dürfte daher sein: Berlin will so weitermachen, als ob Hillary Clinton nicht gestoppt worden wäre. Und: Nach der Bundestagswahl 2017 könnte es in der bisherigen Koalition weitergehen.

Im Wahlkampf hatte Hillary Clinton angekündigt, die bewaffnete Konfrontation der USA mit Syrien und damit Russland zuzuspitzen. Die Entscheidung für einen ihrer treuesten deutschen Vasallen ist, so gesehen, ein starkes Signal an die neue Regierungsmannschaft in Washington. Es besagt: Wir machen unsere Interventionspolitik zukünftig weitgehend allein.

Für eine Kriegspolitik und einen Führungsanspruch dieser Art steht der Name Steinmeier in der Tat. Die Karriere des 1956 in Detmold Geborenen ist eng mit der des früheren niedersächsischen Ministerpräsidenten und Bundeskanzlers Gerhard Schröder verbunden, der den von ihm mitgetragenen Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999 als völkerrechtswidrig bezeichnet hat. Ähnliches war von Steinmeier nie zu hören. Er war von 1993 an Schröders persönlicher Referent, später Chef der Staatskanzlei in Hannover, dann ab 1998 Staatssekretär und Geheimdienstchef im Kanzleramt. Er war als dessen Chef im Ministerrang Miterfinder der »Agenda 2010« sowie Koordinator der deutschen Beteiligung am Afghanistan-Krieg. Gegen die Folter am in Bremen geborenen türkischen Staatsbürger Murat Kurnaz im US-Lager Guantanamo Bay unternahm er nichts, obwohl offenbar ein Auslieferungsangebot der USA vorlag. Ab 2005 Außenminister, vergeigte er die Bundestagswahl als SPD-Kanzlerkandidat 2009 und brachte seine Partei auf 23 Prozent der Stimmen herunter. Nach vier Jahren als Fraktionsvorsitzender im Bundestag berief ihn Merkel 2013 erneut als Außenminister. In dieser Funktion handelte er am 22. Februar 2014 in Kiew u. a. mit Maidan-Faschisten ein Abkommen aus, das diese als Freibrief für ihren Putsch am folgenden Tag auffassten. Die Sanktionen gegen Russland forcierte er stets, steht neuerdings aber unter Verdacht, für Entspannung einzutreten. Sein Engagement für bewaffnete Interventionen hat nicht gelitten, er ist der richtige Mann für »mehr Verantwortung«. Die propagierte er zusammen mit Joachim Gauck und Kriegsministerin Ursula von der Leyen 2014 auf der Münchner Sicherheitskonferenz.

<http://www.jungewelt.de/2016/11-15/003.php>